

Forderung des Rheinbacher Ausschusses für Stadtentwicklung angesichts der zunehmenden agroindustrielle Nutzung im Außenbereich

Biogasanlagen und Massentierhaltungen müssen künftig stärker reguliert werden

Rheinbach. „Wir sind weder gegen die bäuerliche Landwirtschaft noch gegen die alternative Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien“, machte Kurt Brozio (CDU), Ortsvorsteher von Oberdrees, klar. Doch was sich in letzter Zeit in der Umgebung seines Heimatortes, allerdings auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen tue, könne man nicht mehr tolerieren. Dort seien agroindustrielle Nutzungen im Außenbereich in Form von Biogasanlagen und Massentierhaltungen entstanden, die künftig stärker reguliert werden müssten. Deshalb befürwortete er die Initiative der Stadtverwaltung, höheren Ortes darauf hinzuwirken, dass diese Missstände in Zukunft abgestellt werden. In der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung hatte Fachbereichsleiter Robin Denstoff einen entsprechenden Vorschlag gemacht, der vom Ausschuss bei einer grünen Gegenstimme beschlossen wurde. Demnach fordert der Ausschuss die Bezirksregierung Köln als Regionalplanungsbehörde auf, die Möglichkeit einer qualifizierten Standortzuweisung und einer differenzierten Steuerung

über den Regionalplan für solche Vorhaben im Außenbereich zu prüfen, die erhebliche Auswirkungen auf verschiedene Umweltschutzgüter hätten. Hierbei seien insbesondere kumulative Effekte zu beachten, die es in jüngster Zeit nicht nur rund um Rheinbach gebe.

Alle relevanten Faktoren einbeziehen

Auch Bürgermeister Stefan Raetz schloss sich der Kritik an. Zwar seien die einzelnen Projekte für sich gesehen jeweils als privilegierte Vorhaben im Außenbereich anzusehen, doch niemand interessiere sich anscheinend für die zunehmende Größe und die Konzentration mehrerer gleichartiger Betriebe in einem engen Umkreis, was erhebliche Probleme mit sich bringe. „Das muss einfach stärker geregelt werden, und zwar nicht mit einer isolierten Betrachtung, sondern unter Einbeziehung aller relevanten Faktoren“, wünschte er sich. Denstoff hatte festgestellt, dass sich die Art und Intensität der Nutzung im Außenbereich in jüngster Zeit wandle. Hauptgrund hierfür sei wohl der Para-

digmenwechsel in der Energiepolitik hin zur Förderung regenerativer Energien und speziell zur Produktion von Biogas. „Diese drängen in jüngster Zeit in einer Größenordnung in den Außenbereich, die mittlerweile ein industrielles Niveau angenommen habe mit allen negativen Begleiterscheinungen für die Umwelt“, so Denstoff. Darüber hinaus scheinen sich auch ein Netz von Massentierhaltungsbetrieben zu entwickeln, die sozusagen als Zulieferer für die Biogasanlagen dienen. Habe es bisher eine Konzentration solcher Betriebe in den stark peripheren ländlichen Räumen gegeben, so werde derzeit das Standortnetz so aufgestellt, dass es vor allem die Logistik- und Distributionskosten der jeweiligen Produktionsketten optimiere. Dies gehe zulasten sensibler Freiräume in bereits relativ stark verdichteten städtischen Regionen.

Sechs Betriebe auf engstem Raum

Genau diese Entwicklungstendenzen zeigten sich derzeit im linksrheinischen Bereich, wo auf engstem Raum sechs Biogasanlagen und Massen-

haltungsbetriebe entweder schon vorhanden seien oder sich gerade in der Planungsphase befänden. In Euskirchen-Kuchenheim solle ein Legehennenbetrieb für 270.000 Tiere entstehen, in Palmersheim werde neben einer bereits bestehenden Biogasanlage ein neuer Putenmastbetrieb mit einer Kapazität von bis zu 40.000 Tieren gebaut. Ein weiterer Hühnerhof bei Stotzheim habe den Antrag auf Erweiterung von derzeit 15.000 auf künftig 270.000 Legehennen gestellt. Dabei soll ein Stall mit den enormen Ausmaßen von 110 Metern Länge, 24 Metern Breite sowie fast zehn Metern Firsthöhe neu gebaut werden, außerdem auch noch sechs Futtersilos. In Palmersheim soll schließlich noch ein weiterer Putenmastbetrieb für insgesamt 38.500 Puten errichtet werden. Unmittelbar an der westlichen Rheinbacher Stadtgrenze befindet sich darüber hinaus eine Biogasanlage, zwei weitere in

Stotzheim und Dom-Esch seien genehmigt. „Die Entwicklungen zeigen, dass hier eine isolierte Betrachtung im Rahmen einer Zulässigkeitsprüfung solcher Vorhaben den Problemstellungen nicht mehr gerecht wird“, so Denstoff. Wenn man die Masse an Betrieben betrachte, seien zweifelsohne erhebliche Auswirkungen auf verschiedene Umweltschutzgüter festzustellen, speziell auf den Menschen und das Landschaftsbild. Deshalb seien eine qualifizierte Standortzuweisung und eine differenzierte Steuerung solcher Vorhaben unerlässlich. Neben der Bezirksregierung Köln soll sich nach dem Willen des Rheinbacher Stadtentwicklungsausschusses auch das Düsseldorfer Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr mit dem Thema befassen. - VJ -

Rheinbacher Umweltausschuss erfuhr interessante Neuigkeiten

Austausch des Gelben Sackes gegen die Wertstofftonne

Im Rhein-Sieg-Kreis startet schon diese Woche ein Pilotprojekt

Rheinbach. Das Ende des „Gelben Sacks“ im Rhein-Sieg-Kreis ist absehbar, denn in den kommenden Monaten wird hier flächendeckend die Wertstofftonne eingeführt. Schon jetzt sollen die ersten dieser schwarzen Tonnen mit gelbem Deckel in Winddeck und anschließend in Ruppichteroth ausgeliefert werden, die Bürger im restlichen Rhein-Sieg-Kreis sollen nach und nach bis spätestens Mitte 2012 eine dieser Tonnen vor der Haustür stehen haben. Das erläuterte die Geschäftsführerin der RSAG, Ludgera Decking, dem Rheinbacher Umweltausschuss in seiner jüngsten Sitzung. Wann genau die Wertstofftonnen in der Stadt Rheinbach angeliefert werden, steht derzeit allerdings noch nicht fest, das hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die Bürger würden jedenfalls rechtzeitig vorher in einem entsprechenden Schreiben informiert, versprach sie. Insgesamt 190.000 Wertstofftonnen muss die RSAG im gesamten Rhein-Sieg-Kreis aufstellen, pro Woche sollen 10.000 davon ausgeliefert werden. Es handelt sich dabei um große Behälter von 240 Litern Fassungsvermögen, genau wie die derzeitige Altpapieronne. Fünf gelbe Säcke passen hinein, das habe man inzwischen schon ausprobiert, so dass es eigentlich keine allzu großen Kapazitätsprobleme geben sollte. Allerdings rechne die RSAG-

Geschäftsführerin damit, dass es auf einigen Grundstücken Probleme mit dem Stellplatz geben könnte. Wenn dies der Fall sei, gebe es die Möglichkeit, dort auch künftig Wertstoffsäcke zu benutzen, die etwas stabiler sein als die jetzigen Gelben Säcke.

Kunststoffe und Altmetalle

In die Wertstofftonne hinein gehören dann sämtliche Kunststoffe sowie alle Altmetalle, die bisherige Trennung in Umverpackungen und „stoffgleiche Nichtverpackungen“ für Kunststoffe entfällt demnach. „Dennoch hört sich das Ganze einfacher an, als es ist“, weiß Decking, denn heutzutage gebe es eine Unzahl von Verbundstoffen wie beispielsweise ein Löffel mit Holzgriff. Geleert werden soll die Wertstofftonne im vierwöchigen Rhythmus anstelle der bisherigen gelben Säcke. Für eine gewisse Übergangszeit wolle man allerdings auch die gelben Säcke noch parallel zu den Wertstofftonnen dulden, versprach sie.

Abfallgebühren bleiben stabil

Die Einführung der Wertstofftonne im Rhein-Sieg-Kreis soll als Pilotprojekt mit wissenschaftlicher Begleitung starten und in dieser Form bis Ende 2014 laufen. Ab 1. Januar 2015 sei die Einführung einer Wertstofftonne europaweit ohnehin gesetzlich vorgeschrieben, informierte Decking. Eine

gute Nachricht: Die Wertstofftonne kostet nichts zusätzlich, denn die dafür anfallenden Kosten werden bereits durch die Lizenzgebühren für die Verpackungen des Dualen Systems getragen. Die Abfallgebühren im Rhein-Sieg-Kreis sei ohnehin bis 2015 vom Kreistag auf 230 Euro pro Jahr festgeschrieben worden. Da die RSAG zum 1. Januar 2012 die komplette Müllentsorgung im linksrheinischen Teil des Rhein-Sieg-Kreises übernehmen wird, habe man in den vergangenen Monaten bereits einige Anstrengungen übernommen, um dies reibungslos zu gewährleisten. So sei ein neuer Betriebshof in Miel eingerichtet worden, an dem 25 Müllsammelfahrzeuge stationiert werden, die von 60 Fahrern und Ladern bedient werden. Im Betriebshof selbst sollen vier Mitarbeiter arbeiten und sich unter anderem darum kümmern, 9000 alte Behälter pro Jahr gegen neue auszutauschen. Die ersten Arbeitsverträge hierfür seien schon unterschrieben. In Miel werde auch ein Altemativstandort geprüft zur geplanten Biogasanlage in Sankt Augustin, gegen die es erhebliche Widerstände in der Bevölkerung gebe. „Man wird abwarten müssen, welcher der beiden Standorte zum Zuge kommen“, so die RSAG-Geschäftsführerin.

- VJ -

HÜNDGEN

ENTSORGUNG

SERVICE VON A - Z
 Containerdienst • Recycling



Zertifikat
 Entsorgungsfachbetrieb
 nach § 22 KWIMABG
 und DIN EN ISO 9001:2000

Swisttal-Ollheim • Tel.: 02255 / 94 30 - 0
 Niederlassung Bonn • 0228 / 4 79 85 61
www.huendgen-entsorgung.de

ENTSORGUNGSFACHBETRIEB

MONIKA WALDENMAIER

Rechtsanwältin & Fachanwältin für Familienrecht

Familienrecht
 (Unterhalt, Scheidung, Vermögens-,
 Sorge- und Umgangsrecht)

Mietrecht • Erbrecht •

Schul- und Prüfungsrecht •
Studienplatzklagen

Markt 26 - 32 • **Bonn**
 Neuenahrer Str. 22-24 • **Grafenschaft-Gelsdorf**
Telefon 0228 / 98 37 20
 bonn@waldenmaier-kanzlei.de • www.waldenmaier-kanzlei.de